

Presseinformation

Potsdam, 30. Januar 2011

Zu den Angriffen der CDU auf das rot-rote Programm "Arbeit für Brandenburg" erklärt der **Parlamentarische Geschäftsführer Christian Görke:**

CDU macht den Handlanger für falsche Bundespolitik

Die neoliberale Almosen-Politik der CDU und die Arbeitsmarktpolitik der rot-roten Koalition unterscheiden sich grundsätzlich: Wir kämpfen dafür, auch Menschen, die jahrelang keine Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hatten, Arbeitsplätze auf freiwilliger und fairer Basis anbieten zu können. Das bedeutet: Bezahlung nicht unter Mindestlohniveau von 7,50 Euro. Dieser Anspruch ist im Programm "Arbeit für Brandenburg", dem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), festgeschrieben. Auch und gerade im wirtschaftlichen Aufschwung kann es sich ein Land nicht leisten, schwerer vermittelbare Menschen zurückzulassen: Seit Juli stieg die Zahl der über 50-jährigen Arbeitslosen - die Zielgruppe von "Arbeit für Brandenburg" - von 47 679 auf 50 055 Ende Dezember, also um ca. 2500 Personen an. Trotz Entspannung auf dem Arbeitsmarkt profitiert diese Altersgruppe also nicht davon.

Die CDU indes macht sich zum Handlanger der verfehlten Arbeitsmarktpolitik von Schwarz-Gelb im Bund: Sie beklatscht deren Schmalspur-Projekt der Billig-"Bürgerarbeit". Das investiert viel Geld, ohne dass die arbeitenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer wirklich existenzsichernd bezahlt werden - sie bleiben meist in Leistungsbezug. Die Hürde bei der Ausfinanzierung von "Arbeit für Brandenburg" sollte nicht die Regierungskoalition im Land, sondern die CDU in Brandenburg beschämen: Anstatt sich bei ihrer Bundespartei gegen die 900 Mio.-Euro-Kürzung bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stark zu machen, unternimmt die CDU nichts - außer dem gebetsmühlenartigen Versuch, die konsequent soziale Orientierung von Rot-Rot schlecht zu reden. Die Chefin der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit hat gerade festgestellt: Etwa drei Viertel des ÖBS werden umgesetzt werden können.

Den Rest hat die Gerechtigkeitslücke der CDU-Politik verschluckt. Rot-Rot wird alles versuchen, auch das abzumildern.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de